

Erneuerbare Energien – die Jahrhundertherausforderung

Resolution des Internationalen Parlamentarier-Forums über Erneuerbare Energien, 2. Juni 2004, Bonn

Das Internationale Parlamentarier-Forum über Erneuerbare Energien am 2. Juni 2004 in Bonn,

- durchgeführt auf Einladung des Deutschen Bundestages in Verbindung mit der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien (Renewables 2004) vom 1. – 4. Juni 2004 in Bonn,
- unterstützt von der Interparlamentarischen Union (IPU),

ausgehend von

- der Erklärung über die menschliche Entwicklung der VN-Umweltkonferenz von Stockholm 1972, die den globalen Schutz der natürlichen Ressourcen zur gemeinsamen Menschheitsaufgabe erklärte,
- dem internationalen Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung von 1979 und dessen Protokolle von 1988, 1991 und 1994,
- dem Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht von 1985 und des Montrealer Protokolls von 1987,
- dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen von 1992,
- der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung von 1992, die den Schutz der Umwelt und die wirtschaftliche Entwicklung als untrennbare integrierte Herausforderung beschrieben hat,

- der Millenniumserklärung der VN-Generalversammlung und des Montevideo-Programms III von 2000/2001, die eine auf Ressourcen- und Umweltschutz gründende wirtschaftliche Entwicklung als zentrale Jahrhundertaufgabe markiert haben,
- der Johannesburg-Erklärung von 2002, die den zentralen Stellenwert der Erneuerbaren Energien für eine nachhaltige Entwicklung hervorgehoben und die internationale Staatengemeinschaft zu verstärkten Initiativen aufgefordert hat, und der Parlamentariererklärung anlässlich des Weltgipfels zur Nachhaltigen Entwicklung,
- der Feststellung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), die eine Reduzierung der Treibhausgase um 60% bis zum Jahre 2050 als unerlässlich für den Schutz des Weltklimas berechnet hat,
- der Interparlamentarischen Konferenz über globale Entwicklung vom Mai 1990 in Washington, die die grundlegende Bedeutung der Erneuerbaren Energien für politische Strategien zum Klima-, Ressourcen- und Umweltschutz hervorgehoben hat,
- der Resolution der 107. Interparlamentarischen Konferenz (IPU) vom 22. März 2002 in Marrakesch zum Kyoto-Protokoll, die die Staaten zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien und zur Erhöhung der Energieeffizienz u.a. im Transportwesen aufgerufen hat,

hat unter Teilnahme von 310 Parlamentariern aus 67 Ländern folgende Resolution verabschiedet:

Feststellend, dass

- eine gesicherte ausreichende Energieversorgung für alle Menschen und ihre Gesellschaften von existenzieller Bedeutung ist,
- die Industriegesellschaften unter anderem ihre Entwicklung der

Verfügbarkeit kostengünstiger Energiepotentiale und produktiven Energiewandlertechnologien verdanken,

- die Energieversorgung der wachsenden Weltbevölkerung gegenwärtig vor allem durch fossile Energien realisiert ist,
- mehr als ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu der vielseitigen Sekundärenergie Elektrizität haben, u.a. weil sie keine ausreichende Infrastruktur an Stromnetzen haben,
- die Nutzung nichtkommerzieller Biomasse, die nicht auf der Basis stets neuer Anpflanzungen erfolgt, zur Erodierung von Vegetationsflächen führt und die Klimagefahren steigert,
- es in Bezug auf die Nutzung der Atomenergie sehr unterschiedliche und gegenseitig strittige Auffassungen gibt, in der die einen die CO₂-freie Stromerzeugung betonen, während die anderen die Gefahren atomarer Unfälle, die sehr langfristigen Entsorgungsprobleme atomarer Abfälle und die Risiken der atomaren Waffenproliferation hervorheben,
- die Verbrennung fossiler Energien weitreichende negative Folgen für das Weltklima mit weit reichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen hervorgerufen hat, neben den Gefahren für die Gesundheit der Menschen,
- die konventionellen fossilen Energiequellen im 21. Jahrhundert auf ihre Erschöpfung zulaufen und die Förderung nichtkonventioneller fossiler Energiequellen wie Ölsände zu erheblichen Kostensteigerungen und gravierenden zusätzlichen Umweltbelastungen führen würde,
- die Abhängigkeit der Länder, ohne ausreichende eigene konventionelle Energieressourcen, von Energieimporten zunimmt, was eine Quelle kommender internationaler Spannungen sein kann,
- der hohe Wasserbedarf konventioneller Energiesysteme und die damit verbundene Wasserverschmutzung die Probleme der Wasserversorgung in vielen Regionen der Welt verschärfen,

- von den Potentialen der Erneuerbaren Energien bisher nur die Wasserkraft in Verbindung mit Stauseen und Staudämmen und die großenteils nicht nachhaltig genutzte Biomasse einen wesentlichen Beitrag zur Weltenergieversorgung leisten,
- die politische Förderung der Erneuerbaren Energien in der Forschung und Entwicklung und für die Markteinführung bisher weltweit vernachlässigt worden ist,
- in den Ländern und Regionen, in denen zwei Milliarden Menschen ohne Anschluss an ein Stromnetz leben, die netzunabhängigen Möglichkeiten Erneuerbarer Energien schon jetzt eine Stromversorgung zu gleichen oder niedrigeren Kosten im Vergleich zu konventionellen Energien ermöglichen,
- angesichts der zu erwartenden Engpässe und damit verbundenen Preissteigerungen auf den Ölmärkten die Mobilisierung von Biokraftstoffen im Bereich der Verkehrssysteme eine zentrale und dringliche Bedeutung für immer mehr Länder hat,
- die Möglichkeiten des Energiesparens und der Steigerung der Energie-Effizienz komplementär zur Mobilisierung Erneuerbarer Energien sind, weil damit der Substitutionsbedarf durch Erneuerbare Energien entscheidend reduziert werden kann.

Angesichts der Möglichkeiten Erneuerbarer Energien (in Form der Solarstrahlung, der Biomasse, der Windkraft, der Wasserkraft, der Meeresenergien und der geothermischen Energie), die

- ein umfangreiches und unerschöpfliches Energiepotential darstellen, mit dem langfristig alle Energiebedürfnisse der Menschheit befriedigt werden könnten, wofür es notwendig ist, die Kosten der Erneuerbaren Energien entscheidend zu senken,

- emissionsfrei und im Fall einer nachhaltigen Nutzung der Biomasse emissionsneutral genutzt und damit die Klima- und Umweltprobleme der konventionellen Energieversorgung definitiv überwunden werden können,
- wassersparend und -schonend genutzt werden können,
- für jedes Land auf dem Erdball ein heimisches Energiepotential darstellen und mit ihnen die Importabhängigkeit überwinden und die Energiesicherheit dauerhaft gewährleistet werden können,
- durch die Möglichkeiten dezentraler Anwendungsformen neue regionale, kommunale und lokale Chancen für eine wirtschaftliche Gestaltung und einen autonomen Umwelt- und Ressourcenschutz eröffnen und eine Energieversorgung ohne weiträumige und kostspielige Netzinfrastruktur ermöglichen,
- aufgrund der Potentiale der Biomasse die Land- und Forstwirtschaften aller Länder wieder beleben können und neue Chancen für die ländliche Entwicklung eröffnen,
- aus diesen Gründen einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung wirtschaftlicher Disparitäten innerhalb vieler Länder und in der Weltwirtschaft leisten können.

In der Erwägung,

- dass das natürliche Potential Erneuerbarer Energien auf dem Erdball unerschöpflich ist und jährlich ein Vieltausendfaches des fossilen und atomaren jährlichen Energieverbrauchs darstellt,
- dass das heute vorhandene technische Potential zur Nutzung Erneuerbarer Energien eine umfassende Substitution konventioneller Energien in der gesamten Bandbreite der Energiebedürfnisse ermöglicht,

- dass das wirtschaftliche Potential der Erneuerbaren Energien im Zuge weiterer technischer Entwicklung und des Übergangs zur Massenfertigung der Anwendungstechniken laufend kostengünstiger und damit breiter wird, während bei konventionellen Energien die Kosten im Zuge ihrer Erschöpfung und wegen der Umweltlasten steigen werden, und dass bereits heute, insbesondere in den Gebieten ohne Netzversorgung, die Erneuerbaren Energien ohne Mehrkosten nutzbar sind, wodurch sich die Substitutionsmöglichkeiten konventioneller Energien durch Erneuerbare Energien verbessern,
- dass Schritte zur Einführung Erneuerbarer Energien, zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung im politisch-strategischen und wirtschaftlichen Zusammenhang erfolgen müssen,
- dass eine nachhaltige, d.h. dauerhafte, ressourcenschonende, umwelterhaltende und die Erdatmosphäre schützende Energieversorgung eine grundsätzliche Orientierung auf Erneuerbare Energien erfordert,
- dass das technische Potential zur Nutzung Erneuerbarer Energien durch Forschung und Entwicklung von Umwandlungs-, Anwendungs- und Speichertechnologien und -materialien erheblich erweiterbar ist,
- dass es eine große Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien und dem Prozess zu ihrer Realisierung gibt,
- dass für politische Strategien zur Einführung Erneuerbarer Energien nicht nur die aktuellen Investitionskosten, sondern die makropolitischen und makroökonomischen Vorteile sowie die dadurch vermiedenen Umwelt- und Gesundheitsschäden ausschlaggebend sein müssen,
- dass es mittlerweile erfolgreiche Beispiele der Markteinführung der Techniken zur Nutzung Erneuerbarer Energien gibt, denen politische Initiativen zugrunde liegen,

- dass die erfolgreichen Schritte zur Mobilisierung neuer Erneuerbarer Energien auf nationaler und kommunaler Ebene von Parlamenten initiiert worden sind,
- dass Erneuerbare Energien die Hoffnungsträger für eine langfristig und dauerhaft gesicherte und umweltfreundliche Energieversorgung aller sind,
- dass es in jedem Land der Welt einen Mix verschiedener Energieträger gibt und der Weg zum Ausbau der Erneuerbaren Energien über eine stetige Vergrößerung ihres Anteils an der Energieversorgung erfolgen muss,
- dass die Strategien zur Mobilisierung Erneuerbarer Energien und zur Substitution konventioneller Energien in jedem Land der Welt aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und Schwerpunkte ihrer Energieversorgung sowie unterschiedlicher natürlicher Potentiale im Bereich Erneuerbarer Energien keinem einheitlichen Muster folgen können,

empfiehlt das Internationale Parlamentarier-Forum über Erneuerbare Energien:

1. Die Regierungskonferenz über Erneuerbare Energien vom 1.-4. Juni 2004 und das Internationale Parlamentarier-Forum sollen kein einmaliges Ereignis sein. Sie sollen in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden, zu verstärkten uni- und multilateralen Anstrengungen sowie zur intensivierten internationalen Kooperation motivieren, besonders für den internationalen Technologietransfer zu Erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienzförderung, und die notwendige Nachbereitung und periodische Evaluierung der Entwicklungen nach der Regierungskonferenz und dem Parlamentarierforum sicherstellen. Um die Perspektiven und Bedürfnisse insbesondere zukünftiger Generationen zu berücksichtigen, sollen alle zukünftigen internationalen Konferenzen zum Thema Energie ein internationales Jugendtreffen beinhalten. Damit soll ein breiter Erfahrungsaustausch über erfolgreiche „best-policy“-Strategien stattfinden, aus denen sich neue Impulse sowohl für die nationale Politik wie für die internationale Kooperation und Aktionen ergeben, einschließlich der Umsetzung und Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls; insbesondere durch

den Aufruf an alle Staaten, die das Kyoto-Protokoll noch nicht ratifiziert haben, dies umgehend zu tun, und durch die Verleihung neuer Anstöße für die internationale Entwicklungshilfe, einschließlich der Behandlung der vielfältigen neuen Fragen der Finanzierung nachhaltiger Energiestrategien.

2. Die Regierungen sind aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen über das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen von 1992 und zum Kyoto-Protokoll von 1997 dafür einzusetzen, dass die CO₂-Emissionen entlang der gesamten Energiebereitstellungskette vollständig berücksichtigt werden. Maßnahmen zur Förderung Erneuerbarer Energien sind ein wichtiger Bestandteil im Rahmen der Nutzung aller Instrumente des Kyoto-Protokolls sowohl der Umsetzung des Kyoto-Protokolls als auch der langfristigen Klimaschutzpolitik zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen auf ungefährlichem Niveau, entsprechend dem Ziel des Rahmenübereinkommens.
3. Die Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, das Ziel des Kyoto-Protokolls nicht länger als Vorwand zu nutzen, um die Nutzung von Atomenergie auszuweiten und schrittweise die Nutzung Erneuerbarer Energien in der Zukunft auszubauen.
4. Die Orientierung auf Erneuerbare Energien sowie die Energieeffizienzsteigerung haben aus Gründen des Umwelt- und Ressourcenschutzes, der damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklungschancen, der Energiesicherheit, der weltweiten Armutsbekämpfung, der Vermeidung wirtschaftlicher Krisen und von Ressourcenkonflikten zentrale politische Priorität. Diese Priorität zu realisieren, erfordert vielfache legislative Initiativen, um die Erneuerbaren Energien zur Entfaltung zu bringen. Die Parlamente sind dafür die treibende demokratische Kraft.
5. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Förderung Erneuerbarer Energien sowie der Energieeffizienzsteigerung und des Energiesparens erfassen viele Sektoren der Politik und damit ein breites Spektrum legislativer Initiativen: für die Bereiche der Ausbildung, der Forschungs- und Entwicklungspolitik, der Weiterbildung, der Gesundheitspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der

Verkehrspolitik, der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Armutsbekämpfung in dezentralisierten Strukturen. Das Internationale Parlamentarier-Forum empfiehlt den Regierungen, die für Energieforschung verwendeten Mittel vor allem für Erneuerbare Energien einzusetzen.

6. Die maßgeblichen politischen Entscheidungsgründe für eine Strategie zur Mobilisierung Erneuerbarer Energien sind deren vielfache Vorteile für die künftige ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung in allen Ländern der Welt: die Vermeidung von Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschäden, die Überwindung von Energieabhängigkeiten und die positiven Effekte für die Zahlungsbilanz der Volkswirtschaften, die Mobilisierung dauerhafter heimischer Arbeitsplätze besonders im Bereich des Handwerks und der Land- und Forstwirtschaft, der Aquakultur und die Eröffnung neuer industrieller Möglichkeiten, die viele Wirtschaftssektoren erfassen in der Kraftwerks- und Motorentchnik, in der elektrotechnischen Industrie, in der Bau- und Verkehrstechnik.
7. Die Förderung Erneuerbarer Energien erfordert neue institutionelle Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit. Zur Erleichterung des Technologietransfers für Erneuerbare Energien und Energieeffizienzsteigerungen sowie zur Profilierung politischer Strategien ist die Einrichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien die wichtigste institutionelle Maßnahme. Sie soll als Internationale Regierungsorganisation gegründet werden. Die Mitgliedschaft hierin ist freiwillig und soll allen Regierungen zu jedem Zeitpunkt offen stehen. Die vordringliche Aufgabe dieser Agentur ist die Beratung von Regierungen und internationalen Organisationen bei der Entwicklung von Politik- und Finanzierungsansätzen zur Nutzung Erneuerbarer Energien, die Förderung des internationalen nichtkommerziellen Technologietransfers und die Bereitstellung von Ausbildungs- und Trainingsaktivitäten. Sie ist ebenfalls zuständig für internationale Information und Kommunikation über Erneuerbare Energien sowie die Zertifizierung und Standardisierung Erneuerbarer Energietechnologien. Das Internationale Parlamentarier-Forum empfiehlt einen Technologietransfer von Erneuerbaren Energien zur Förderung der Verbreitung nicht-kommerzieller Technologien für erneuerbare Energien.

8. Die Motive zur Förderung Erneuerbarer Energien lassen sich aus allen politischen Ideenströmungen ableiten. Daraus ergibt sich die Möglichkeit einer Entwicklung von politischen Strategien jenseits traditioneller Parteien- und Ideenunterschiede. Die Bildung interfraktioneller Arbeitsgemeinschaften in den Parlamenten, wie sie in einigen Parlamenten praktiziert wird, ist deshalb beispielhaft.
9. Ein kontinuierlicher Informationsaustausch zwischen den Parlamenten über neue gesetzliche Initiativen und Realisierungserfahrungen kann eine wesentliche Rolle bei der Überwindung politischer Differenzen und zur Lösung von Zielkonflikten, für die Auswertung politischer Erfahrungen und für wechselseitige Impulse spielen. Dieser Erfahrungsaustausch sollte mit Hilfe internationaler Parlamentarier-Organisationen, des e-Parliaments, des Parliamentarian-Network des World Council for Renewable Energy, von Eufores, Globe, der Parliamentarians for Global Action und anderen durchgeführt werden.
10. Die nationalen und internationalen Entwicklungsbanken sind aufgefordert, Kreditprogramme für Erneuerbare Energien zu verstärken und auszuweiten, insbesondere auf dem Gebiet der Mikrokredite. Die internationalen Entwicklungsbanken sind ebenfalls aufgefordert, den Empfehlungen des „Extractive Industries Report“ von Emil Salim nachzukommen. Die Regierungen sind aufgefordert, die Förderung Erneuerbarer Energien ins Zentrum ihrer Entwicklungsstrategien zu rücken.
11. Die Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen (FAO, UNESCO, UNIDO, WHO, UNDP, UNEP) sind aufgefordert, bei der Entwicklung ihrer Strategien und der Durchführung ihrer Aktionsprogramme den jeweiligen Stellenwert Erneuerbarer Energien verstärkt und umfassender zu berücksichtigen und entsprechende Initiativen einzuleiten.
12. Aus Gründen der Erleichterung des Technologietransfers und ihrer Interoperabilität und der raschen Steigerung der Produktivität der Erneuerbaren Energietechnologien und der Effizienztechnologien fordern wir die Regierungen zu Initiativen für die Entwicklung globaler industrieller Normen und Standards auf. Dies erleichtert es auch den Entwicklungsländern, eigene industrielle

Anstrengungen zu entfalten, um die neuen Energietechniken im eigenen Land zu entwickeln und neue Ungleichgewichte zu vermeiden und neben dem Nord/Süd-Handel auch einen Süd/Nord- oder einen Süd/Süd-Handel zu eröffnen.

13. Die Regierungen sind aufgefordert, im Rahmen der kommenden WTO-Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass im internationalen Handel die Techniken zur Nutzung Erneuerbarer Energien und zur Energieeffizienz zu Niedrigzöllen oder zollfrei gehandelt werden können.

14. Wir, die Parlamentarier dieses Internationalen Parlamentarier-Forums über Erneuerbare Energien, verpflichten uns, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Überlegungen und Empfehlungen der vorliegenden Resolution in unseren jeweiligen Staaten umzusetzen. Wir verpflichten uns, uns für die Zustimmung unserer jeweiligen Parlamente zu dieser Resolution einzusetzen, damit das enorme Potential der erneuerbaren Energien zur Bewältigung der Herausforderungen, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, genutzt wird.